

Lang, Franz Peter; Ohr, Renate

Article — Digitized Version

Die währungspolitischen Perspektiven der DDR

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Lang, Franz Peter; Ohr, Renate (1989) : Die währungspolitischen Perspektiven der DDR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 12, pp. 610-614

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136588>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Franz Peter Lang, Renate Ohr

Die währungspolitischen Perspektiven der DDR

Durch die Abkoppelung der Güterpreisentwicklung von der Einkommensentwicklung besteht in planwirtschaftlich koordinierten Wirtschaftssystemen allenfalls zufällig ein Gleichgewicht zwischen dem Wert des binnenwirtschaftlichen Warenangebots und der Geldmenge¹. In der DDR ließen der jahrzehntelange Vorrang der Investitionsgüterindustrie, gewaltige Fehlinvestitionen, Militärausgaben und Ausgaben für Staats- und Parteiapparate Einkommen entstehen, die nicht mit einem gleichzeitig steigenden Konsumgüterangebot verbunden waren. Bestehende Budgetdefizite wurden über viele Jahre durch Geldschöpfung finanziert. Das in jüngster Zeit bekannt gewordene Defizit im Staatshaushalt von 15 Milliarden Mark ist dafür wohl nur ein Einzelbeispiel.

Der latente Kaufkraftüberhang der DDR spiegelt sich seit Öffnung der Grenzen vor allem in einer verstärkten Nachfrage nach Westdevisen wider. Der Tauschwert der Ost-Mark verfällt rapide. Der monetäre Rücktransfer der Ost-Mark in die DDR und der daraus resultierende Realtransfer von Gütern nach dem Westen äußert sich bereits in den Handelsgeschäften polnischer Bürger und den Anfängen von Schwarzarbeit von DDR-Bürgern in Westberlin. Da es am Angebot von Devisen fehlt, bleibt den DDR-Behörden bislang nur das Krisenmanagement der Beibehaltung der bisherigen rigorosen Devisenbewirtschaftung, um eine eskalierende Währungs-krise zu verhindern.

Wodurch kann dieser chronische Devisenmangel abgebaut werden? Zum einen könnte eine Intensivierung des Handels- und Dienstleistungsverkehrs mit dem Westen erfolgen, also eine Aktivierung der Leistungsbilanz. Die DDR betreibt jedoch den größten Teil ihres Außenhandels mit den COMECON-Staaten – und zwar zu meist zu gegenseitigen Verrechnungspreisen (Kompensationshandel). Nur im Ausnahmefall erfolgen ihre Ostausfuhren gegen Westdevisen (z. B. im Chinageschäft)². Auch eine Umlenkung oder Ausweitung der

Exporte ist wegen der Lieferbindungen im COMECON bzw. fehlender Produktionskapazitäten kurzfristig nicht möglich.

Denkbar wäre noch ein verstärkter Konsumverzicht der DDR-Bürger, der allerdings wegen des ohnehin seit Jahren erzwungenen Konsumverzichts und angesichts offener Grenzen politisch nicht durchzusetzen ist. Ebenso wenig kann die DDR zur Verbesserung ihrer Leistungsbilanz mit dem Westen auf die Importe hochwertiger Investitionsgüter und Technologien verzichten.

Eine Lösung des Devisenproblems könnte aber auch über verstärkte Kapitalimporte, also eine Aktivierung der Kapitalbilanz, gelingen. Als notwendige Voraussetzung müßten allerdings die weitgehenden, gegenwärtig existierenden Kapitalverkehrsbeschränkungen beseitigt werden. Die Erwartung einer auf lange Sicht verbesserten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die sich in entsprechenden Renditen niederschlägt, könnte dann den benötigten Devisenzustrom marktmäßig hervorruufen. Für solche Transaktionen sind jedoch funktionsfähige Geld-, Kredit- und Kapitalmärkte erforderlich, die über monetäre Steuerungssignale wie Zinsen, Renditen, Aktienkurse usw. das Finanzkapital in die rentablen Verwendungen innerhalb der DDR lenken. Davon ist man gegenwärtig noch sehr weit entfernt.

Gibt es einen realistischen Wert der Ost-Mark?

Die Ost-Mark wurde bisher zu verschiedenen Preisen gehandelt. So gilt für Westtouristen und DDR-Bürger noch immer der offizielle Kurs von 1 Ost-Mark für 1 DM. Von dieser unrealistischen Parität rückt die DDR gegenwärtig ab³. Im innerdeutschen Warenhandel hat sich als Verrechnungseinheit die „Valutamark“ herausgebildet. Bei ihr handelt es sich um eine vertraglich vereinbarte Kursfixierung, die exklusiv für den innerdeutschen Warenverkehr erfolgt⁴. Da dieser sich im Rahmen eines Kompensationshandels vollzieht, hat der Valutakurs nur

Dr. Franz Peter Lang, 41, ist Privatdozent an der Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Renate Ohr lehrt Volkswirtschaftslehre am Lehrstuhl für Außenwirtschaft an der Universität Hohenheim.

¹ Vgl. u. a. D. Cassel (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im Systemvergleich, Konzeption und Praxis der Wirtschaftspolitik in alternativen Wirtschaftssystemen, München 1984; B. Csikós-Nagy: Realisierte Ordnung in sozialistischen Ländern, in: R. Vaubel u. a. (Hrsg.): Handbuch der Marktwirtschaft, Pfullingen 1986, S. 123 ff.

² Vgl. DIW: Die Lage der DDR-Wirtschaft zur Jahreswende 1988/89, in: DIW-Wochenbericht, Heft 5, 1989, S. 58 ff.

hier Bedeutung. Er ist dabei stufenweise von 0,45 DM im Jahre 1980 auf 0,24 DM im Jahre 1989 gesenkt worden. Schließlich gibt es noch den privaten, inoffiziellen Handel mit Ost-Mark in Wechselstuben, Banken und Kaufhäusern in Westberlin und der Bundesrepublik Deutschland. Auf diesem freien Devisenmarkt – nur aus Sicht der DDR handelt es sich dabei um einen Schwarzmarkt – floatet die Ost-Mark. Der Markt ist relativ eng, so daß Angebots- und Nachfrageschwankungen zu starken Ausschlägen des Kurses führen. So ist der starke Kursverfall (von etwa 0,25 auf 0,05 DM)⁵ als Folge des steigenden Angebots im Zuge des DDR-Westtourismus leicht zu erklären. Die zumindest temporär eingetretene Kursstabilisierung (auf dem Niveau von 0,10 DM) wirkt aber die Frage auf, woher die stabilisierende Nachfrage kommt, welche den Zufluß an Ost-Mark absorbiert.

Angesichts des funktionsunfähigen Kapitalmarktes in der DDR fehlen zinsinduzierte Kapitaltransaktionen ganz. Da sich der offizielle Warenhandel ebenfalls nicht auf dieses Marktsegment auswirkt und Westtouristen nach wie vor nur illegal Ost-Mark in die DDR einführen dürfen, weist die stabilisierende Nachfrage im wesentlichen auf spekulative Quellen hin. Eine spekulative Nachfrage kommt aber nur dann zustande, wenn es angesichts des aktuellen Kurses die Erwartung einer Aufwertung der Ost-Mark gibt. Doch welcher Wechselkurs kann rationale Basis einer stabilisierenden Ost-Mark-Spekulation sein?

Ein allgemeiner Kaufkraftvergleich ist problematisch, da die Vergleichbarkeit der Preise nicht gegeben ist. In der DDR gelten administrativ festgesetzte Verbraucherpreise, die nicht an den Kosten der betreffenden Güter orientiert sind. Während z. B. Mieten und die Preise öffentlicher Verkehrsmittel bei einer Umtauschrelation von 1:1 in der DDR nur etwa ein Zehntel der entsprechenden Preise in der Bundesrepublik ausmachen, gibt es andere Produkte, wie Digitaluhren, Taschenrechner usw., die in der DDR, gemessen an diesem Wechselkurs, in etwa zehnmal soviel kosten wie in der Bundesrepublik.

Selbst ein Wechselkurs, der im Durchschnitt Kaufkraftparität ausdrückt, beinhaltet daher noch starke Kaufkraftverzerrungen in den einzelnen Güterberei-

chen. Weiter müssen für einen aussagefähigen Kaufkraftvergleich auch die repräsentativen Warenkörbe in beiden Ländern gleich sein. Dies wirkt bei den sehr unterschiedlichen Konsumstrukturen und Einkommensverhältnissen in beiden deutschen Staaten ebenfalls große Probleme auf. Zu den in der DDR besonders billigen und subventionierten Gütern gehören neben Waren des Grundbedarfs auch die meisten Dienstleistungen, d. h. international nicht gehandelte Güter. Für die Bestimmung eines kaufkraftparitätischen Wechselkurses sind die Preise in diesem Bereich aber weniger relevant. Wichtig sind dagegen die Preise der international gehandelten Export- und Importgüter. Von daher erscheint der im innerdeutschen Handel verwendete Kurs der Valutamark eher als eine realistische Grundlage zur Wechselkursprognose und damit zur Erwartungsbildung.

Der zur Zeit geltende Schwarzmarktkurs spricht somit eher für eine Unterbewertung der Ost-Mark. So ist die Aufwertungsspekulation in die Ost-Mark gegenwärtig rational, und der schwarze Devisenmarkt befindet sich in einem Zustand des undershooting. Dies zeigt, daß bereits heute, im Vorstadium jeglicher konsequenter Reformpolitik, Marktkräfte bei der Lösung der akuten Devisenproblematik wirksam sind.

Volle Konvertibilität

Angesichts der intensiven Regulierung des Devisenverkehrs wird vielfach die Forderung nach einer raschen und vollständigen Herstellung der Konvertibilität erhoben⁶. Freie Konvertibilität einer Währung bedeutet, daß sie unbegrenzt und ohne staatliche Reglementierung oder Beschränkung in andere Währungen umgetauscht werden kann. Neben der DM gehören z. B. der US-\$, der Schweizer Franken und das Britische Pfund zu den tatsächlich vollständig konvertiblen Währungen. Im allgemeinen Sprachgebrauch werden jedoch zu den konvertiblen Währungen auch schon solche gezählt, die wenigstens die Teilkonvertibilität für Transaktionen auf dem Gebiet des internationalen Waren- und Dienstleistungsverkehrs garantieren und den Kapitalverkehr nicht vollständig reglementieren, z. B. Lira, Französischer und Belgischer Franc usw.

Wie würde sich die (in diesem Sinne zumindest teilweise) Konvertibilität nun auf die wirtschaftliche Entwicklung der DDR und ihre Reformchancen auswirken? Ihre unmittelbare Einführung würde zunächst zu einer großen Nachfrage nach Devisen auf dem dann allumfassenden, freien Devisenmarkt führen. Der Liquiditäts-

³ So tritt nach den Vereinbarungen vom 5. 12. 1989 zwischen Bonn und Ostberlin an die Stelle der bisherigen Zwangsumtauschpraxis vom 1. 1. 1990 an ein differenzierteres System der Devisenbewirtschaftung, das mehr Freizügigkeit im Devisenverkehr für DDR-Besucher und DDR-Touristen beinhaltet. Die Hälfte des vereinbarten Devisenfonds von 3 Mrd. DM für DDR-Bürger soll dabei zum Kurs von 1:5 getauscht werden.

⁴ Vgl. Die DDR überdenkt den derzeitigen Umtauschkurs, in: Blick durch die Wirtschaft, 27. 11. 1989.

⁵ Vgl. Die DDR-Mark stabilisieren?, in: Börsenzeitung vom 21. 11. 1989.

⁶ Vgl. u. a. Konvertierbarkeit der DM – kann man das einfach beschließen?, in: Neues Deutschland vom 15. 11. 1989; Konvertibilität der DDR-Mark?, in: Börsenzeitung vom 24. 11. 1989; Schiller: Schnell kann die DDR-Mark nicht konvertibel werden, in: FAZ vom 21. 11. 1989.

überfluß in der DDR wird sich bei festen Kursen in einem Devisenbilanzdefizit (monetärer Ansatz der Zahlungsbilanztheorie)⁷ bzw. bei flexiblen Kursen in einer Abwertung (monetäre Wechselkursstheorie)⁸ widerspiegeln.

Wird die Einführung der Konvertibilität mit einer gleichzeitigen Fixierung der Kursrelation verbunden (System fester Wechselkurse), so muß die DDR-Notenbank die Überschußnachfrage nach Devisen (Devisenbilanzdefizit) aus eigenen Devisenbeständen befriedigen. Hierzu ist jedoch ein Bestand an Devisenreserven erforderlich, der in der notwendigen Höhe wahrscheinlich nicht verfügbar ist. In Höhe des jeweiligen Devisenbilanzdefizits wird eine Abschöpfung der überschüssigen Kaufkraft bewirkt.

Wird auf eine offizielle Fixierung des Ost-Mark-Wechselkurses verzichtet (System flexibler Wechselkurse), so tritt zunächst ein starker Verfall des Außenwertes der Ost-Mark ein, wie er gegenwärtig den schwarzen Devisenmarkt kennzeichnet. Dieser Kursverfall reduziert die Kaufkraft bezüglich aller Westimporte. Der Kaufkraftüberhang in der DDR bleibt dabei jedoch bestehen, da sich ihre Geldmenge bei flexiblen Wechselkursen nicht verändert.

Die Einführung der Konvertibilität wird somit die bestehenden Probleme kaum lösen, sie könnte im Gegenteil sogar das aktuelle Krisenpotential verstärken. Selbst eine beschränkte Konvertibilität ist erst sinnvoll, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine ausreichende Devisenbeschaffung vorliegen⁹. Der

Übergang der Bundesrepublik Deutschland zur Konvertibilität geschah z. B. erst im Jahre 1959 nach mehreren Jahren mit Außenhandelsüberschüssen.

Die volle Konvertibilität ist somit nicht notwendige Voraussetzung für eine wirtschaftliche Liberalisierung. Vielmehr ist der Aufbau eines international wettbewerbsfähigen wirtschaftlichen Potentials und die strikte Verfolgung des Ziels der Geldwertstabilität bei marktwirtschaftlicher Preisbildung eine notwendige Voraussetzung für einen relativ reibungslosen Übergang zur Konvertibilität. Für die DDR sollte volle Konvertibilität daher erst in einigen Jahren angestrebt werden.

Alternativen zur Konvertibilität

Gegenwärtig steht die DDR vor dem Problem des Devisenmangels, das zunächst zur strikten Devisenbewirtschaftung zwingt. Um die Friktionen einer solchen Devisenbewirtschaftung zu mildern, muß die DDR versuchen, die Nachfrage nach Devisen kurzfristig zu verringern bzw. zusätzliches Devisenangebot zu motivieren.

In jüngerer Zeit wird in den westlichen Medien gefordert, daß die Deutsche Bundesbank direkt oder über einen anderen „fiscal agent“ zum Zwecke der Kursstützung Ost-Mark ankaufen und dafür zusätzliche DM zur Verfügung stellen soll. Derartige stützende Interventionen würden zweifellos Kaufkraft in der DDR abschöpfen, die Geldmenge der Bundesrepublik jedoch ausdehnen, wenn die interventionsbedingte Geldschöpfung nicht etwa im Wege einer kontraktiven Offenmarktpolitik sterilisiert wird. Solange die Ost-Mark keine konvertible Währung ist, könnten auf diesem Wege angekaufte Ost-Mark-Bestände allerdings nicht als herkömmliche Währungsreserven gelten. Zudem kann es nicht Aufgabe der Deutschen Bundesbank sein, die bewährte Stabilität der DM durch unkalkulierbare Interventionen aufzuweichen. Es muß somit bezweifelt werden, daß ein solches Verfahren sich mit der gesetzmäßigen Aufgabensstellung der Bundesbank verträglich und wirtschaftlich wünschenswert ist.

⁷ Vgl. H. G. Johnson: Der monetäre Ansatz zur Zahlungsbilanztheorie, in: H. G. Johnson (Hrsg.): Inflation. Theorie und Politik, München 1975, S. 84 ff.

⁸ Vgl. R. Dornbusch: Expectations and Exchange Rate Dynamics, in: Journal of Political Economy, Vol. 84, 1976, S. 1161 ff.; J. F. O. Bilson: The Current Experience with Floating Exchange Rates: An Appraisal of the Monetary Approach, in: American Economic Review, Vol. 68, Papers and Proceedings, 1978, S. 392 ff.

⁹ Vgl. W. Stützel: Über Leistungsbilanzen, Zahlungsbilanzen und Konvertibilität, in: W. Stützel (Hrsg.): Währungen in weltoffener Wirtschaft, Frankfurt 1973, S. 15 ff.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

KONJUNKTUR VON MORGEN

Jahresbezugspreis
DM 120,-
ISSN 0023-3439

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH HAMBURG

Die hierbei entstehende Liquiditätsausdehnung in der Bundesrepublik könnte natürlich dadurch vermieden werden, daß die DM-Abgabe nicht durch Geldschöpfung, sondern durch einen internen Solidaritäts- und Hilfsfonds, z. B. in Form eines zehnpromzentigen Aufschlags zur Einkommensteuer, finanziert wird. Die politische Akzeptanz eines solchen Vorschlags dürfte allerdings ebenso gering sein, wie seine langfristigen Folgewirkungen fragwürdig sind.

Würde trotzdem kurzfristig eine derartige Quasi-Konvertibilität in Verbindung mit einer weiteren Öffnung der DDR nach dem Westen eingeführt, so kann die DM zu einer vollständigen Parallelwährung in der DDR werden. Die ohnehin knappen Konsumgüter würden dann vermehrt gegen harte DM verkauft werden und nicht gegen die im Überfluß vorhandene Ost-Mark.

Unumgängliche Währungsreform?

Die künftige Entwicklung der Ost-Mark hängt, wie sich gezeigt hat, eng mit den wirtschaftlichen Reformen in allen Bereichen zusammen. Zugleich kommt ihr jedoch für diese Reformen eine Schlüsselrolle zu. Angesichts dieser Bedeutung der Währungsproblematik wird daher vielfach eine grundlegende Währungsreform, verbunden mit einer Reform des gesamten Geldwesens, gefordert. Begründet wird dies damit, daß eine Auflösung der zentralen Planwirtschaft und die damit verbundene Freigabe der Preise bei einem zunächst weiterhin knappen Warenangebot nur in die Inflation führen werde. Hauptmotiv für eine Währungsreform ist somit die Notwendigkeit, die überschüssige Kaufkraft abzuschöpfen. Zugleich müßte dann allerdings auch die Parität der Ost-Mark gegenüber anderen Währungen im Vergleich zum heutigen offiziellen Wert erheblich abgewertet werden.

Ein solcher Währungsschnitt würde jedoch schwere innenpolitische Krisen hervorrufen. Ebenso wie bei der Währungsreform in Westdeutschland 1948 sind in der DDR hohe Sparguthaben vorhanden. Anders als damals die westdeutschen Bürger, sehen die DDR-Bürger ihre Ersparnisse jedoch nicht als wertlos an. Sie würden deren Entwertung daher kaum widerstandslos hinnehmen. Außerdem wurde die westdeutsche Währungsreform, aus dem Blickwinkel der Bevölkerung, von den Besatzungsmächten durchgesetzt, so daß sie den eigenen Länderregierungen politisch nicht angelastet wurde.

Eine Währungsreform in der DDR könnte daher nur auf einem breiten politischen Konsens basieren. Ein solcher Währungsschnitt würde zwar einerseits eine weitgehende Entwertung des Geldvermögens, andererseits aber auch eine Aufwertung der weiterhin fließenden

Geldeinkommen bewirken. Ein wesentliches Problem einer Währungsreform ist weiterhin die Bevorzugung der Sach- und Produktivvermögensbesitzer. Dieses tritt in der DDR nicht in dem Ausmaß zutage, wie in westlichen Ländern mit Privateigentum an Produktionsmitteln. Andererseits existiert auch in der DDR erheblicher Privatbesitz an Immobilien.

Ein Vorteil der Währungsreform könnte sicher darin bestehen, daß klare Verhältnisse geschaffen würden. Inwieweit damit jedoch dauerhaft die Währung im Innen- und Außenverhältnis stabilisiert werden kann, hängt entscheidend von der weiteren Entwicklung der DDR-Wirtschaft ab. Eine langfristige Stabilisierung des Außenwertes der Ost-Mark kann sich daher nur durch eine gelungene Integration in den internationalen Leistungs- und Kapitalverkehr ergeben. Gelingt dies, so wird andererseits eine grundlegende Währungsreform sogar weitgehend entbehrlich. Eine Abschöpfung der Liquidität ließe sich z. B. auch durch die Ausgabe von Staatsanleihen mit attraktiven Zinsen oder durch Verkauf von bislang staatlichem Grund- und Immobilienbesitz an die eigenen Bürger erreichen, wenn die dabei absorbierte Liquidität vernichtet wird.

Kapitalverkehr und Erwartungsbildung

Eine Stabilisierung des Kurses der Ost-Mark muß aber kurzfristig erreicht werden. Es bleibt daher nur die Anknüpfung an die eingangs angesprochenen Überlegungen zu einer erwartungsbedingten Stabilisierung über Kapitalzuflüsse. Der Kurs der Ost-Mark könnte ansteigen, wenn es gelingt, die notwendigen und hinreichenden Bedingungen für einen Kapitalstrom in die DDR – möglichst rasch – zu schaffen. Devisenzuflüsse lassen sich im benötigten Umfange jedoch nur über die privaten Kapitalmärkte erreichen. Dies setzt voraus, daß eine hohe Realverzinsung in der DDR erzielbar ist und politische Sicherheiten die Zins- und Kapitalrückflüsse dauerhaft gewährleisten. Die notwendigen Voraussetzungen für einen privatwirtschaftlich rentablen Kapitaltransfer ergeben sich z. B. durch die Möglichkeit für Ausländer, DDR-Finanzaktiva, Unternehmensbeteiligungen, Immobilien oder Grundstücke zu erwerben. Die Chance, daß westdeutsche Investoren dies tun, könnte im Falle der DDR groß sein, da die nationalen Bindungen Investitionen Bundesdeutscher in der DDR begünstigen. Daher sollte zunächst Konvertibilität für den Kapitalverkehr hergestellt werden.

Eine hinreichende Voraussetzung ist allerdings eine positive und sich verstetigende Erwartungsbildung bezüglich der ökonomischen Erfolgchancen der Wirtschaftsreform. Positive Erwartungen für die Zukunft lassen sich insbesondere an konkrete, außenwirtschaftlich

relevante Reformschritte knüpfen¹⁰. Die aktuellen politischen Unsicherheiten sind hierbei freilich wenig hilfreich.

Viele Reformvorschläge setzen auf die Integration in das bestehende, westliche Welthandelssystem. Angesichts des technologischen Entwicklungsstandes der DDR bedeutet dies für sie die verstärkte Integration in ein System des komplementären, interindustriellen Handels¹¹. Die DDR tritt dabei in vielen Bereichen auf der Ebene eines Schwellenlandes in den freien Weltmarkt ein. Dies bedeutet, daß sie auf absehbare Zeit vor allem Industrieprodukte geringeren Qualitätsstandards gegen hochentwickelte Industriegüter tauschen wird. Die hierdurch bewirkten Angebots- und Nachfrageeffekte auf Export- und Importmärkten können den Prozeß einer „Verschlechterung der Terms of Trade“ der DDR beschleunigen. Dies bedeutet jedoch den weiteren Verfall der Ertragskraft (Devisenerlöse) ihrer Exportunternehmen, und zwar als indirekte Folgewirkung der ökonomischen Reformstrategie einer Intensivierung des Westhandels.

Konzentriert die DDR ihre industriellen Anstrengungen auf zu den hochentwickelten Industriegütern der Bundesrepublik komplementäre Güter, die meist relativ arbeitsintensiv und mit veralteten Technologien erzeugt werden, so nutzt sie zwar die aktuellen komparativen Vorteile, doch konserviert sie in den entsprechenden Exportindustriesektoren im internationalen Vergleich rückständige Technologien. Diese Entwicklung kann unter der Zielsetzung, den dauerhaften Anschluß an die westlichen Industrienationen zu gewinnen, kontraproduktiv wirken.

Chancen im COMECON-Handel

Im Bereich des COMECON sieht dies anders aus. Dort ist die DDR heute ein Handelspartner, der seinen relativen Humankapitalreichtum in eine, für sie vorteilhafte, komplementäre Handelsstruktur umsetzen kann. Sie exportiert im COMECON humankapitalintensive Güter gegen Importe von Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Allerdings vollzieht sich dieser Außenhandel noch im Bereich plandeterminierter Mengen und Preise. Die raschen Reformfortschritte in den Ländern des COMECON weisen jedoch in die Richtung eines marktbestimmten und damit effizienteren Systems der Außenhandelspreise. Angesichts ihrer komparativen Handels-

vorteile im COMECON kann dies die DDR, als relativ hochindustrialisierten Handelspartner, relativ rasch in eine bessere Position bringen. Ein Ausscheren aus dem COMECON-Handel empfiehlt sich daher nicht. Vielmehr hat die Wirtschaft der DDR kurzfristig ihre größten Erfolgchancen innerhalb des COMECON-Handels. In ihren Osthandelsbeziehungen kann sie ihre Standortvorteile optimal nutzen und daher als spezialisierter Anbieter für westliche Anleger rentable Investitionsmöglichkeiten bieten.

Ihre derzeit noch ungünstige Position im Außenhandel mit dem Westen kann die DDR darüber hinaus im Vergleich zu anderen Schwellen- und Ostblockländern eher überwinden als diese. Der Grund hierfür liegt in ihrem historisch bedingt relativ hohen Bestand an Humankapital, der jedoch bislang „falsch“ spezialisiert ist. Dies gilt insbesondere für die Automobilindustrie, die Großchemie und die Glasindustrie sowie die Konsumgüterproduktion. Fehlallokationen lassen sich in der DDR jedoch eher als in anderen Ländern des Ostblocks beseitigen. Die Startbedingungen der DDR für einen erfolgreichen Eintritt in den devisabringenden intraindustriellen Handel sind daher nicht ungünstig.

Die gegenwärtige währungspolitische Situation der DDR gibt auf den ersten Blick zu Pessimismus Anlaß. Rigorose Reformforderungen, wie sofortige Herstellung der Konvertibilität oder gar eine Währungsreform, führen wegen der erheblichen Friktionen ihrer Umsetzung im sozialökonomischen System kaum zu einer raschen Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Das System der Devisenbewirtschaftung muß daher vorläufig beibehalten werden. Dies bedeutet, daß der Waren- und Dienstleistungshandel mit dem Westen noch auf absehbare Zeit reglementiert bleiben muß. Dagegen muß internationales Kapital zur Beschaffung der notwendigen Devisen rasch mobilisiert werden. Neben der Legalisierung von Kapitalanlagen in der DDR muß es gelingen, positive Renditeerwartungen für DDR-Investitionen zu erzeugen. Hierzu gehört die Erwartung rascher ökonomischer Erfolge im Außenhandel. Eine Verbesserung der Außenhandelsposition der DDR zeichnet sich aber kurzfristig weniger in einer Intensivierung des Westhandels, als vielmehr in einer Intensivierung ihres traditionellen Osthandels ab. Hier kann sie ihre komparativen Vorteile in Handelsgewinne umsetzen, die wiederum die Renditen ihres Anlagevermögens verbessern. Mit Hilfe des dabei angelockten westlichen Kapitals kann es ihr dann gelingen, über den Abbau technologischer Rückstände auch den Anschluß an westliche Standards zu finden und in den devisabringenden, intraindustriellen Handel der westlichen Industrienationen einzutreten.

¹⁰ Vgl. W. Stützel: Conditions Actuelles de la Circulation et du Marché des Capiteaux dans la CEE, in: Camera di Commercio Industria e Agricoltura (Hrsg.): La Funzione della Borsa Valori nel Sistema Economico del MEC, Turin, Mailand 1962, S. 33 ff.

¹¹ Vgl. D. Cornelissen u. a.: Die Bedeutung des Innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR, DIW, Sonderheft 138, Berlin 1983, S. 18 ff.